

Inland

Fusionen machen es nicht billiger, aber besser

■ Interview mit dem Schweizer Experten Daniel Kettiger.

"Wiener Zeitung": (zaw) *In der Schweiz haben in den vergangenen Jahren hunderte Gemeinden fusioniert. Hat da ein regelrechter Run eingesetzt?*

Daniel Kettiger: Ich würde es nicht als Run bezeichnen. Es ist einfach eine Entwicklung. Allerdings hat die Beschäftigung mit dem Thema signifikant zugenommen. Studien zeigen, dass sich jede fünfte Gemeinde mit Fusionen befasst.

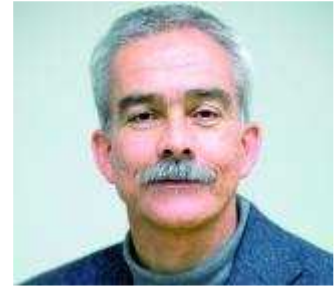
Was bewegt die Gemeinden dazu?

Zum einen die Not: Die Schweizer Gemeinden sind oft sehr klein mit Einwohnerzahlen unter 2000. Die Anforderungen an die Gemeindeverwaltung – was die Bürger erwarten, aber auch was die Gesetzgebung vorschreibt – nehmen zu, gleichzeitig sinken die finanziellen Ressourcen. Größere Kommunen können ihre Verwaltung intern noch etwas effizienter gestalten, die kleinen stoßen da aber an ihre Grenzen. Dazu kommt, dass wir in der Schweiz in Städten bis etwa 15.000 Einwohner ein Milizsystem haben mit ehrenamtlichen Gemeinderäten. Hier wird die Rekrutierung zu einem Problem. Heute findet man einfach nicht genug Personen, die bereit sind, ehrenamtlich mitzuwirken. Man kann sich hier auch nicht mehr viele Meriten holen, die Gefahr, dass man statt Lob und Ehre nur Schimpf und Schande kriegt, ist größer geworden – auch wegen der Medien. Dieses Rekrutierungsproblem bringt viele kleine Gemeinden dazu, sich Fusionierungen zu überlegen. Der zweite Ansatz sind strategische Fusionen: Mittlere Städte mit einer regionalen Zentrumsfunktion wollen größer werden, um in der Politik mehr Einfluss zu haben, als Wirtschaftsstandort besser wahrgenommen zu werden oder für die Industrie interessanter zu sein.

Wieso scheitern manche Fusionsprojekte?

Es gibt zwei Faktoren. Hauptsächlich läuft das auf der emotionalen Ebene – oft völlig irrational, oft ausgenutzt von reaktionären politischen Kräften, die sich damit profilieren wollen. Das ist vor allem die Schweizerische Volkspartei, die immer gegen alles ist – das ist ihre politische Masche. Die machen dann Stimmung mit "Heimatverlust" und ähnlichem. Teilweise gibt es auch Animositäten, die Jahrhunderte zurückführen: Feindschaften zwischen Nachbargemeinden, die zwei-, dreihundert Jahre zurückreichen – und eigentlich weiß niemand mehr, wieso man verfeindet ist, aber man ist sich aus Tradition spinnefeind. Das klingt albern, aber daran sind schon mehrfach Gemeindefusionen gescheitert. Der zweite Faktor sind die Finanzen. So scheitern Fusionen, weil eine Gemeinde ihren niedrigeren Steuerfuß heben müsste – und wenn auch nur vorübergehend. Das ist den Leuten zu viel.

Worin liegen die Vorteile einer Fusion?



"Die optimale Größe für eine Gemeinde gibt es nicht", sagt der Berner Experte Daniel Kettiger.

Foto: privat

Die Vorteile sind vielfältig, können etwa raumplanerisch oder strategisch sein. Was man in der Schweiz mittlerweile aber weiß, ist, dass Gemeindefusionierungen selten zu Kostenersparnissen führen. Theoretisch müsste das der Fall sein wegen höherer Skalenerträge, also weniger Verwaltung pro Kopf. Tatsächlich aber muss die Dienstleistungsqualität immer an das Niveau der besten Gemeinde angepasst werden. Das ist eine politische Notwendigkeit. Gemeindefusionen führen also immer zu einer Professionalisierung der Verwaltung und immer zu einer höheren Dienstleistungsqualität, meistens auch zu höherer Zufriedenheit der Bevölkerung. Der Preis dafür ist aber, dass man die Skalenerträge aufbraucht und die Fusionen damit nicht kostensparend, sondern kostenneutral sind.

Was ist die optimale Größe einer Gemeinde?

Es gibt keine zahlenmäßig festlegbare optimale Gemeindegröße. Optimale Gemeindestrukturen hängen in der Schweiz stark vom kantonalen Recht ab, also welche Aufgaben die Gemeinde erfüllen muss und wie der Finanzausgleich ist. Auch die geographische Lage ist entscheidend. Es macht keinen Sinn, zwei Gemeinden zu fusionieren, wenn zwei Berge dazwischen liegen.

Der Berner Rechtsanwalt und Verwaltungswissenschaftler Daniel Kettiger arbeitet unter anderem als Berater für Gemeindefusionen. Er befasst sich auch wissenschaftlich mit dem Thema.

Siehe auch:

■ [Mehr Geld und mehr Einfluss](#)

Printausgabe vom Freitag, 27. November 2009

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Text (max. 1500 Zeichen):

Postadresse:*

Senden

* Kommentare werden nicht automatisch veröffentlicht. Die Redaktion behält sich vor Kommentare abzulehnen. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme als Leserbrief in der Druckausgabe wünschen, dann bitten wir Sie auch um die Angabe einer nachprüfbaren Postanschrift im Feld Postadresse. Diese Adresse wird online nicht veröffentlicht.

Wiener Zeitung · 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10 · Tel. 01/206 99 0 · Mail:
online@wienerzeitung.at